U18 BTW 2021

	Wie kann der Zustand unserer Schulen verbessert und können die Klassen verkleinert werden?	Wie kann die Geschlechtergerechtigkeit erreicht werden?	Was tun, damit Kinder & Jugendliche mehr Freude am Lernen haben?	Soll das BAföG grundsätzlich eltern-unabhängig werden?	Wie kann eine angemessene Bezahlung der Menschen in Kitas, Pflege und Sozialarbeit erreicht werden?	Wie können Mieten für alle Menschen bezahlbar werden?	Wie kann erreicht werden, dass bei politische Entscheidungen – wenn es um Menschenrechte geht - nicht doch die Kostenfrage dominiert?	Wie kann den vielen Obdachlosen geholfen werden?	Wie kann der Vorrang von ÖPNV, Fahrr dern und Fußgänger*innen im (Stadt-) Verkehr geschaffen werden?	Wie haben sie junge Menschen an ihrem Wahlprogramm beteiligt?	Ab welchem Alter sollen junge Menschen künftig den Bundestag wählen dürfen?	Wie können Lieferketten gestaltet werden, dass Produktion und Konsum nicht auf Kosten der Menschen in anderen Länder gehen?	Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die nationalen Klimaschutzziele bis 2030 erreichen?	Sollten Teile unseres Essens, wie Fleisch und Milch weiterhin so billig verkauft werden?	Wie gleichen Sie die durch Corona entstandenen Ungerechtigkeiten und langfristigen Folgen für uns junge Menschen aus?
CDU CSU	Möglichst gute Chancen für jedes Kind und jeden jungen Menschen sind das Ziel von CDU und CSU. Für die Bildungspolitik sind grundsätzlich die Bundesländer zuständig, die zusammen mit den Kommunen viel Geld in Bildung investieren. Zusätzlich hat auch der Bund - z. B. mit dem Digitalpakt Schule - unterstützt. Um die Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen zu verbessern, werden zusätzliche Lehrkräfte benötigt. Die Bundesländer wollen daher in den nächsten Jahren mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Grundschulen und in der Sekundarstufe I einstellen.	Geschlechtergerechtigkeit kann u. a. durch gleiche Chancen von Frauen und Männern im Beruf erreicht werden. Ein wichtiger Schritt war hier das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. CDU und CSU setzen sich für mehr Familienfreundlichkeit auch in Führungspositionen ein. Wir gehen die Unterschiede in der Altersvorsorge von Männern und Frauen genauso an wie die nicht akzeptablen Lohn- und Gehaltsunterschiede bei gleicher Arbeit.	Der Unterricht und das Lernen müssen so gestaltet sein, dass Kinder und Jugendliche neugierig werden und Lust am Lernen haben. Schülerinnen und Schüler sollen nicht nur für gute Noten in Klassenarbeiten gelobt werden, sondern auch, wenn sie sich besonders anstrengen. Wichtig ist ein abwechslungsreicher Unterricht, bei dem zum Beispiel auch Lern-Apps verwendet werden. Zeit mit Freunden, für den Sport, fürs Musikmachen oder andere Freizeitaktivitäten sind ebenso wichtig für die Lernfreude.	CDU und CSU wollen das BAföG flexibilisieren. Es soll besser an die individuelle Situation während der Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf passen. Gleichwohl bleibt das BAföG eine Sozialleistung. Das BAföG sollen also nur diejenigen bekommen, die oder deren Eltern kein hohes Einkommen/Vermögen haben. Daher sind weiterhin Einkommens- und Vermögensprüfungen erforderlich. Dies ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.	Uns ist es ganz wichtig, dass Kinder, ältere Menschen und Menschen in schwierigen Lebensphasen gut betreut werden. Das geht nur, wenn die gesamte Gesellschaft die wichtige Arbeit in Kitas, Pflege und Sozialarbeit wertschätzt und wenn die dort arbeitenden Menschen auch eine gute Bezahlung erhalten. Dafür müssen in erster Linie Arbeitgeber und die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer sorgen. Damit zukünftig Arbeitsbedingungen und die Bezahlung stimmen, unterstützen wir sie als Politik mit den notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen.	Das Wichtigste ist, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Nur wenn es genug Wohnungen gibt, bleiben die Mieten bezahlbar. Das sieht man in vielen Großstädten: wo es zu wenig Wohnraum gibt, steigen die Mieten. Deshalb muss mehr, schnell, modern und bezahlbar gebaut werden. Unser Ziel ist, dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Dafür fördern wir den Wohnungsbau und den sozialen Wohnungsbau. Diejenigen, die es trotzdem schwer haben, ihre Mieten zu bezahlen, erhalten Wohngeld. Das werden wir in Zukunft regelmäßig anpassen.	Die Menschenrechte gelten weltweit. Dem Versuch von Diktaturen, diesen Konsens aufzuweichen, treten CDU und CSU entschieden entgegen. Wir müssen dort, wo es nötig ist, den Machtwillen von Gegnern der Menschenrechte entgegentreten – in enger Abstimmung mit gleichgesinnten Demokratien mit Stärke und Geschlossenheit. Wir wollen insbesondere die Menschenrechtsregelungen von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder dem Europarat stärken. Kinder, Menschen mit Behinderungen oder Flüchtlinge sind dabei besonders schutzbedürftig.	Wir arbeiten dafür, dass wir eine Gesellschaft bleiben, die zusammenhält: Junge und Ältere, Starke und Schwächere. Wir müssen vor allem verhindern, dass junge Menschen obdachlos werden, weil sie z. B. im Elternhaus Probleme haben. Wir setzen uns daher für den flächendeckenden Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche in schwierigen La-gen ein. Auch wollen wir die Hilfen intensivieren, um Menschen aus der Obdachlosigkeit herauszuholen. Unser solidarisches Sicherungssystem ist stark, um ihnen ein Leben in Würde zu gewährleisten.	Gute und sichere Wege sind der entscheidende Schlüssel für den Radverkehr und werden von den Radfahrerinnen und Radfahrern zurecht eingefordert. Es geht um gut ausgebaute Radverkehrswege, sichere Abstellmöglichkeiten und Sharing-Systeme. CDU und CSU wollen den Nationalen Radverkehrsplan mit Nachdruck umsetzen und weiterentwickeln. Dieser umfasst viel mehr als den Radwegebau an Bundesstraßen. Wir werden auch vernetzte Wege in den Kommunen und Regionen weiter fördern und setzen auf Radschnellwege, um den Pendelverkehr zur Arbeit attraktiver zu machen.	Wir haben die größte digitale Beteiligungskampagne in unserer Geschichte gestartet. Der Rücklauf war überwältigend! Wir haben unter den vielen tausend Ideen die besten ausgesucht und die meist jungen Leute zu einem Pitch eingeladen. Fast alle Ideen sind dann auch direkt ins Regierungsprogramm gewandert. Zum Beispiel das kostenlose Interrail-Ticket für alle 18-jährigen oder das junge Menschen neben ihrer Ausbildung noch mehr dazuverdienen können. Und ganz wichtig: die Generationenrente, bei der der Staat von Geburt an in die Altersvorsorge einzahlt.	Dass sich junge Leute politisch schon früh engagieren, sich für konkrete politische Ziele einsetzen, ist im Sinne unserer Demokratie eine sehr gute Entwicklung. Junge Menschen sollen weiterhin ab 18 Jahren den Bundestag wählen dürfen. Es hat sich aus unserer Sicht bewährt, dass Wahlrecht und Volljährigkeit miteinander verknüpft sind. Das Wahlrecht ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine staatsbürgerliche Verantwortung. Es wäre daher widersprüchlich, wenn jemand wählen dürfte, der noch nicht voll geschäftsfähig oder voll strafmündig ist.	Wenn wir Waren aus Entwicklungsländern importieren, bedeutet das Arbeit und Einkommen für die Menschen dort. Voraussetzung ist, dass Menschenrechte, Arbeitsschutz- und Gesundheitsstandards eingehalten werden. Dafür setzen wir uns im internationalen Abkommen ein, nehmen aber auch die Unternehmen in die Pflicht. Dafür wurde das sogenannte Lieferkettengesetz erlassen. Darüber hinaus ist wichtig, dass auch ein fairer Anteil des Produktpreises bei den Arbeitern ankommt. Dazu sind z. B. entsprechende Gütesiegel (fair trade) auf Produkten hilfreich.	CDU und CSU stehen zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen. Darum wollen wir die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 % ggü. 1990 reduzieren, um 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen wir auf effiziente marktwirtschaftliche Instrumente, wie z. B. den Emissionshandel. Wir setzen u. a. auf den Ausbau erneuerbarer Energien und eine nachhaltige Mobilität und wollen die energetische Sanierung von Häusern und Wohnungen fördern.	Unsere Nahrungsmittel sind unsere Lebensgrundlage. CDU und CSU wenden sich strikt dagegen, dass sie verramscht oder verschwendet werden. Wir haben deshalb schon ein Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln in Supermärkten unter dem Eingangspreis erlassen. Unser Ziel ist es, dass Tierschutz bei der Erzeugung besser bezahlt wird. Wir werden auch eine freiwillige Tierwohlkennzeichnung einführen und eine Nationale Lebensmittel-Agentur auf den Weg bringen, die für mehr Wertschätzung für unsere Lebensmittel und unsere Landwirtschaft wirbt.	CDU und CSU tun alles, dass junge Menschen nicht zu den Verlierern der Coronakrise werden. Wir haben ein Unterstützungsprogramm von einer Milliarde Euro für 2021/2022 auf-gelegt. Mit einer weiteren Milliarde Euro helfen wir Kindern und Jugendlichen, die sozialen und psychischen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Die Mittel gehen in frühe Bil-dung, Ferienfreizeiten, Familienerholung und Sozialarbeit. Hinzu kommt eine Einmalzahlung von 100 Euro für Kinder aus Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind oder nur ein geringes Einkommen haben.
SPD	Seit Beginn der Corona-Pandemie sorgen wir uns um die Situation der Schüler*innen. Wir haben schon 1,5 Milliarden Euro für die Ausstattung des digitalen Lernens auf den Weg gebracht. Mit einem Modernisierungsprogramm wollen wir die Sanierung von Schulgebäuden ermöglichen, wie auch die Garantie geben, dass jede Schule an schnelles Internet angeschlossen ist. Kleine Klassen sind besser zum Lernen. Hierfür braucht es genug Lehrer*innen und Klassenzimmer. Auch hierfür ist es gut, dass durch die SPD der Bund die Länder jetzt unterstützen darf.	Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern bis 2030 erreichen. Dazu werden wir die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung zu einem verbindlichen Fahrplan weiterentwickeln. Wir sorgen dafür, dass Frauen in allen Parlamenten in gleichem Maße an politischen Entscheidungen beteiligt sind. Zudem wollen wir, dass Frauen den gleichen Lohn für die gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen, wie Männer. Zudem sollen an der Spitze von Unternehmen und in den Führungsebenen genauso viele Frauen wie Männer vertreten sein.	Was Kinder und Jugendliche in der Pandemie geleistet haben, verdient großen Respekt. Wir wollen alles dafür tun, die Folgen der Pandemie für Schüler*innen zu beheben. Aus diesem Grund haben wir ein milliardenschweres Aufholpaket durchgesetzt. Doch gerade weil es nicht nur um das Nachholen von Bildungsinhalten geht, sondern ganz besonders um die Kinder und Jugendlichen selbst, investieren wir eine weitere Milliarde Euro in die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit, für Begleitpersonal und für die Unterstützung der Familien.	Das BAföG ist seit 50 Jahren unser sozialdemokratischer Weg, die freie Entscheidung für Studium und Ausbildung möglich zu machen. Wir werden das BAföG wieder zu dem Aufstiegsversprechen machen, für das wir es eingeführt haben. Dafür weiten wir die Förderansprüche aus und streben eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss an. Das neue Kindergeld wird darüber hinaus eine Basisabsicherung für alle bis zum Alter von 25 Jahren sein und jedem jungen Menschen ausgezahlt. Es macht das BAföG elternunabhängiger.	Wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können. Das ist eine Frage des Respekts. Daher setzen wir uns für gerechte Löhne ein. Hierfür werden wir die Möglichkeit vereinfachen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten. Ein öffentlicher Auftrag soll künftig nur noch an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Zudem werden wir den gesetzlichen Mindestlohn in einem ersten Schritt auf mindestens zwölf Euro erhöhen.	Wir werden bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. In angespannten Wohnlagen werden wir dafür sorgen, dass Mieten für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden dürfen. Mietwucher werden wir wirksam unterbinden und die Mietpreisbremse entfristen. Das Instrument des qualifizierten Mietspiegels wollen wir bundesweit auch einheitlichen und damit rechtssicherer Kriterien ausgestalten und seine Bedeutung stärken. Mit der Schaffung von Bodenfonds erhalten Kommunen ein Instrument für bezahlbaren Wohnungsbau.	Für die SPD gehören internationale Solidarität, universelle Geltung der Menschenrechte, Frieden und Dialog zum Grundverständnis des politischen Handelns. Wir tun das, indem wir bei allen unseren Entscheidungen sowie auch von Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten fordern. Im Rahmen des Europarats werden wir die Grundwerte der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit schützen und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte stärken.	Wohnen ist ein Menschenrecht. Menschen, die auf der Straße leben, wollen wir dauerhaft aus der Obdachlosigkeit helfen. Dafür werden wir insbesondere sogenannte Housing-First-Konzepte fördern. Hiernach beginnt jede Hilfe für Obdachlose mit einer eigenen Wohnung, mit einem Wohnungsschlüssel, Privatsphäre und der grundsätzlichen Möglichkeit für ein selbstbestimmtes Leben. Andere Hilfeleistungen, etwa gegen Drogensucht, Arbeitslosigkeit oder seelischer Vereinsamung, folgen, nachdem die Menschen ein neues zu Hause gefunden haben.	Jede*r Bürger*in – egal wo – soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir. Für Kinder und Jugendlichen werden wir die freie Fahrt in Bus und Bahn im Nahverkehr durchsetzen. Durch Förderprogramme für den Ausbau gedrängte Straßenverkehrsrecht sollen wieder Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen in den Kommunen geschaffen werden.	Bei uns spielen junge Menschen nicht nur bei der Erstellung von Wahlprogrammen eine wichtige Rolle. In der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) engagieren sich über 70.000 Menschen im Alter ab 14 Jahren. Die Jusos sind mit ihrer Vorsitzenden Jessica Rosenthal an allen Entscheidungen der SPD beteiligt. Sie sorgen dafür, dass wir den Blick auf und die Perspektive von jungen Menschen bei allen Entscheidungen mitberücksichtigen. Das war bei der Erstellung des Wahlprogramms 2021 natürlich auch wieder der Fall.	Junge Menschen sind Profis in Fragen ihrer Zukunft! Unser Anspruch ist daher eine Politik, die nicht über ihre Köpfe hinweg diskutiert und entscheidet. Wir wollen echte Beteiligung ermöglichen. Jugendliche zeigen an vielen Stellen, dass sie politisch denken und für ihre Interessen zu handeln bereit sind. Daher wollen wir auch das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken.	Wir nehmen die Wirtschaft in die Pflicht im großen Kampf gegen Ausbeutung, Kinderarbeit und Hungerlöhne. Mit dem Lieferkettengesetz haben wir einen historischen Schritt eingeleitet: Unternehmen aus Deutschland müssen prüfen, ob entlang ihrer Wertschöpfungsketten gegen Menschenrechte verstoßen wird. Sie müssen Missstände abstellen und Vorsorge treffen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Wer gegen die Sorgfaltspflicht verstößt, muss mit hohen Bußgeldern rechnen. Wir sorgen dafür, dass Deutschlands Unternehmen Verantwortung übernehmen.	Den Klimawandel zu stoppen, ist eine Menschheitsaufgabe. Wir müssen die globale Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius begrenzen. Deutschland soll bis spätestens 2045 klimaneutral sein. Um das zu erreichen, werden wir für einen Boom bei Erneuerbaren Energien sorgen, massiv in den ÖPNV und in eine Elektroladeinfrastruktur investieren, der Wirtschaft beim Umbau zur klimaneutralen Produktion helfen, Wasserstoff zur erneuerbaren Energie und den Gebäudesektor klimaneutral machen. Auch ein Tempolimit auf Autobahnen hilft, das Klima zu schützen.	Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie sollten auch den Landwirt*innen ihre Lebensgrundlage sichern. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Nahrungsmittel. Wir werden unfairen Handelspraktiken einen Riegel vorschieben. Sie schaden Verbraucher*innen, Landwirt*innen und fair handelnden Wettbewerbern. Um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen, werden wir es Produzenten und Handel untersagen, genießbare Nahrungsmittel wegzuwerfen. Wir setzen uns für anständige Löhne und Arbeitsbedingungen in der Land- und Fortwirtschaft ein.	Wir wollen alles dafür tun, dass junge Menschen nicht zu den Verlierern der Corona-Pandemie werden. Das, was kleinen Ki dern, Schüler*innen, Azubis und Student*innen zugemutet wurde und wird, ist sehr viel. Wir wollen, dass ältere Menschen diese Leistung, die von den Jungen zu ihren Gunsten erbracht wird, anerkennen und honorieren. Deshalb kann unser „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" nur ein Anfang sein, uns bei dieser Generation zu bedanken und die Entbehrungen anzuerkennen.
AfD	Die Verantwortung in der Bildungspolitik hat auf mehrere politischen Ebenen verteilt. Die Bürgermeister sind für den konkreten Zustand der Gebäude in ihren Kommunen zuständig und die Landesregierungen verantworten die Schulpolitik an sich – so auch z.B. Klassengrößen. Da die Regierungen immer mehr Geld für die Folgen der sog. Klimaschutz- und der Migrationspolitik ausgeben, muss sie an anderer Stelle sparen. Dies geschieht auf Kosten der Bildung. Die logische Fortsetzung dieser Fehlentscheidungen sind auch in der Coronapandemie zu beobachten.	Das Grundgesetz (GG) schützt alle Menschen in Deutschland vor Diskriminierung (Art. 3). Es herrscht keine Geschlechterungerechtigkeit in Deutschland vor. Es gibt eine politische Bewegung, die die Idee der Gleichberechtigung zu einer extremistische Form der Identitätspolitik verformt hat, bei der die Errungenschaften unserer offenen Gesellschaft und ihrer durch das GG geschützten Rechte wieder abgeschafft werden sollen. Sie möchten die Menschen wieder nach Eigenschaften sortieren und dadurch diskriminieren. Das lehnt die AfD ab.	Die Politik muss der Bildung wieder die Bedeutung einräumen, die sie in der Gesellschaft hat: Sie ist das Fundament unseres Zusammenlebens. Viele Kinder spüren intuitiv, welchen Indoktrinationspraktiken sie ausgesetzt sind. Das hemmt die Lernfreude. Die Politik muss wieder Wissens- und Sprachvermittlung in den Vordergrund stellen. Bildungsgerechtigkeit erfordert aber auch Differenzierung, nicht Gleichmacherei. Leistungsunterschiede zwischen den Schülern innerhalb einer Schulform müssen begrenzt bleiben, um optimale Lehrergebnisse zu erzielen.	BAföG ist in der aktuellen Konzeption eine Sozialleistung. Darum sollen nur diejenigen es bekommen, die es wirklich brauchen. Wir möchten das BAföG künftig so umbauen, dass besonders leistungsstarken Studenten das Darlehen bis zu 100 % erlassen wird. Bei Kindererziehung während des Studiums oder bei gesellschaftlichem Engagement soll auch ein Teil der Rückzahlung erlassen werden. Zudem soll es möglich sein, auf den Darlehensanteil zu verzichten, um schuldenfrei ins Berufsleben starten zu können.	Für die angemessene Bezahlung sind die Tarifpartner, also die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, zuständig. Die Gehälter der Beschäftigten müssen auch erwirtschaftet werden. Steuern und Gebühren werden in diesem Falle von allen Bürgern vorher bezahlt. Es ist eine gesellschaftliche Frage, welchen Teil ihres Einkommens die Bürger dafür monatlich bereit sind, abzugeben. Diesen Ausgleich haben nur die Tarifpartner im Blick. Politiker geben sonst das Geld der Bürger aus, welches sie nicht selbst erwirtschaften.	Mieten richten sich nach Angebot und Nachfrage. Alle staatlichen Versuche Mieterhöhungen gesetzlich zu regeln, sind bisher gescheitert, weil sich das Angebot verknappte und sich dadurch ein Schwarzmarkt mit höheren Mieten entwickelte. Bauen ist also die einzige Lösung. Die Politik setzt dabei die Rahmenbedingungen. Zusätzlich müssen wir einer Migrationspolitik Einhalt gebieten, durch die jedes Jahr Menschen in Größenordnung einer Großstadt einwandern. Diese müsste jedes Jahr gebaut werden, um die Nachfrage zu decken. Darum steigen die Mieten.	Politische Entscheidungen sollten sich grundsätzlich an der Realität orientieren. Wenn Politikmaßnahmen an der Realität vorbei entschieden werden, können die Folgen dramatisch für alle ausfallen. Wenn es um Menschenrechte geht, steht auch nicht zuerst die Kostenfrage sondern die Umsetzbarkeit im Raum.	Obdachlosigkeit ist ein komplexes Problem, bei dem nicht selten auch psychische Krankheiten eine Rolle spielen. Obdachlosen Bürgern stehen jederzeit die Nutzung der vielen Hilfsprogramme, Helfer und selbstverständlich Sozialleistungen zu. Diese müssen aber auch angenommen werden. Um ihre Wohnungen anbieten zu können, möchte die AfD das Wohngeld ausweiten, um die soziale Durchmischung in den Wohngebieten zu erhalten.	Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss auch bezahlbar bleiben. Wir verstehen Verkehr nicht als Kampf um öffentlichen Raum, sondern gestehen jedem Teilnehmer seine Räume zu. Eine kluge Verkehrsplanung hat auch keine Diskriminierung nötig.	Wir GRÜNE wollen die Verkehrsregeln neu aufstellen und es Städten erleichtern, den Umweltverbund zu stärken und Innenstädte attraktiver zu machen. Zum Beispiel wollen wir die Begründungspflicht für die Anlage von Radwegen oder die Einrichtung von Tempo 30 streichen. Dazu werden wir die Straßenverkehrsordnung reformieren. Heute müssen sich erst schwere Unfälle ereignen, damit mehr Verkehrssicherheit erlaubt ist - das ist nicht hinnehmbar! Und natürlich wollen wir GRÜNE die Mittel für den Ausbau von Bahn, ÖPNV und Radverkehr stark erhöhen.	Die Ausarbeitung des Grünen Wahlprogramms ist ein basisdemokratischer Prozess bei dem sowohl innerparteiliche Gruppen als auch Einzelmitglieder Änderungsanträge einbringen können. Die Grüne Jugend ist in diesem Prozess stets eine der aktivsten Gruppen und sorgt so dafür, dass sich auch die Perspektive junger Menschen im Programm niederschlägt. Zudem hatten sich in diesem Jahr auch besonders viele junge Neumitglieder über Einzelanträge beteiligt.	Um möglichst breite Bündnisse für eine verfassungsändernde Wahlaterabsenkung schmieden zu können, wollen wir das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen in der kommenden Legislaturperiode auf 16 Jahre absenken. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen wir das Wahlalter ggf. weiter absenken. Wenn Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen machen und ihre Rechte wahrnehmen können, stärkt das die Demokratie und macht sie zukunftssicherer.	Indem der Gesetzgeber den Verbraucherschutz konsequent umsetzt und den Konsumenten ermöglicht, sich über die Herstellungsbedingungen aller Produkte umfassend zu informieren. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass Konsumenten bereit sein müssen, höhere Preise zu bezahlen. Es ist nicht möglich, für bessere Arbeitsbedingungen in anderen Ländern zu protestieren, dann aber z.B. besonders günstige Kleidung zu kaufen. Die Konsumenten wählen mit ihren Kaufentscheidungen auch immer ein wenig mit, wie Menschen in anderen Ländern behandelt werden.	Die AfD ist technikoffen. Wir sehen jede Antriebsform und Energieerzeugung als sinnvoll an, die die Umwelt schont, sauber und günstig ist. Die nationalen Klimaschutzziele bis 2030 lehnen wir ab. Wir möchten das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Gebäudeenergiegesetz, die Stromsteuer und die CO2-Steuer wieder abschaffen. Damit halbieren wir die Strompreise sofort. Das entlastet gerade die wirtschaftlich schwächeren Familien. Wir müssen dann auch keine weiteren Wälder für Windräder und Photovoltaikanlagen roden.	Die Preise für tierische Produkte bestimmen die Verbraucher direkt mit ihren Kaufentscheidungen. Viele Familien können sich aber wegen der hohen Lebenshaltungskosten (z.B. für Strom und Miete) kein teueres Essen leisten, obwohl sie dies sicherlich gerne möchten. Niemand will, dass Tiere leiden. Deswegen müssen wir die Lebenshaltungskosten senken, die durch die Regierungspolitik erst so angestiegen sind. Produkte künstlich zu verteuern und damit einen Teil der Gesellschaft diese zu verwehren, ist der falsche Weg. Das ist ungerecht.	Indem wir die Schulen offenhalten und das öffentliche Leben ermöglichen. Jedem wurde ein Impfangebot gemacht. Die Entscheidung es anzunehmen oder auch nicht, steht allen frei. So wie es aussieht, wird der Coronavirus nicht mehr verschwinden. Wir werden also damit leben müssen, so wie wir auch mit anderen Krankheiten umgehen. Es kann aber nicht sein, dass unsere Grundrechte dauerhaft außer Kraft gesetzt, Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden und der normale soziale Umgang verpönt wird. Damit sind wir keine freie Gesellschaft mehr.
Freie Demokraten FDP	Wir Freie Demokraten wollen mehr Geld für Bildung ausgeben. Daher fordern wir, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren – das sind rund 2,5 Milliarden Euro. Darüber hinaus wollen wir die Autonomie der Schulen stärken und ihnen mehr Gestaltungsfreiheiten geben. Jede Schule soll ein eigenes Budget erhalten, über dessen Verwendung sie autonom entscheidet. Auch Personalentscheidungen und die Auswahl der Lehrmittel trifft die Schule vor Ort.	Selbstverwirklichung muss für alle Menschen möglich sein – unabhängig vom Geschlecht. Die Realität sieht leider viel zu oft anders aus. Wir wollen, dass alle Eltern frei entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen. Damit Väter und Mütter Beruf und Familie besser vereinbaren können, wollen wir flexible Angebote zur Kinderbetreuung fördern. Wir fordern außerdem gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern. Ebenso setzen wir uns für mehr Frauen in Führungspositionen ein.	Wir Freie Demokraten fordern MakerSpaces an Schulen: Kreativzonen, in denen digitale Medien eine zentrale Rolle spielen. Durch experimentelles Lernen wollen wir die Kreativität und Eigenständigkeit fördern. Außerdem finden wir den Einsatz von so genannten Serious Games zur Wissensvermittlung in Bildungseinrichtungen sinnvoll. Games können Kinder und Jugendliche beim Lernen individuell und zielgerichtet unterstützen – und machen dabei auch Spaß.	Wir Freie Demokraten wollen ein elternunabhängiges Baukasten-BAföG einführen. Die freie Wahl des Studiums darf nicht länger von der Unterstützung der Eltern abhängen. Studierende sollen zum Kindergeld beziehungsweise zum Kinderfreibetrag der Eltern zusätzlich einen Sockelbetrag von 200 Euro erhalten. Bei ehrenamtlichen Engagement oder Nebentätigkeiten soll es zudem einen weiteren Zuschuss in Höhe von 200 Euro geben.	Wir Freie Demokraten fordern Respekt und bessere Arbeitsbedingungen für soziale Berufe. Wir wollen vor allem in der Pflege mehr Zeit für menschliche Zuwendung ermöglichen – durch einen umfassenden Abbau von Bürokratie. Um die Attraktivität des Erzieherberufs zu stärken, schlagen wir zudem vor, dass die Ausbildung zur Fachkraft im Bereich der frühkindlichen Bildung bundesweit nicht nur schulgeldfrei erfolgt, sondern auch vergütet wird.	Der Wohnraum in unseren Städten wird knappner, die Mieten steigen immer weiter. Dagegen hilft vor allem eins: Mehr Bauen. Daher wollen wir das Baurecht vereinfachen und mehr Bauland bereitstellen. Enteignungen, Mietpreisbremse oder Mietendeckel sorgen letztlich für weniger Wohnraum. Auch der Traum vom Eigenheim rückt durch hohe Kosten für immer mehr Menschen in weite Ferne. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Wohnen auch in Zukunft bezahlbar bleibt und sich der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen erfüllen lässt.	Die universellen Menschenrechte sind die grundlegende jeder liberalen und freien Gesellschaft und schaffen weltweit die Basis für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Gerade in Krisenzeiten wie der aktuellen Covid-19-Pandemie geraten sie stärker unter Druck. Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass der Einsatz für Freiheit und Menschenrechte weltweit dringender denn je ist. Wir wollen, dass Deutschland beim Schutz der Menschenrechte eine Vorreiterrolle einnimmt und Führungsstärke zeigt. Für uns sind Menschenrechte nicht verhandelbar.	Für uns ist es ein sehr wichtiges Anliegen, Obdachlosigkeit zu reduzieren und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Von der aktuellen Corona-Pandemie sind auch obdachlose Menschen besonders betroffen und benötigen dringend Unterstützung. Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag hat zu diesem Thema detaillierte Vorschläge erarbeitet. Sie fordert u. a. eine Taskforce aus Bund, Ländern und Kommunen, um Lösungen zu erarbeiten. Außerdem soll der „Housing First"-Ansatz weiterentwickelt werden, der eine eigene Wohnung als oberste Priorität ansieht.	Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland seine Ideen schneller umsetzen kann und die dafür notwendige Infrastruktur bekommt. Für alle Verkehrswege – von der Schiene über die Straße bis zum Radweg – brauchen wir mehr Investitionsmittel und einen zügigen Ausbau. Bei der Verkehrsplanung müssen die Bedürfnisse des Radverkehrs umfassend berücksichtigt werden. Ziel sind mehr sichere Radwege und Radfahrstreifen, die Konflikte mit dem motorisierten Verkehr vermeiden.	Bei der Erarbeitung unseres Wahlprogramms haben wir als Mitmachpartei Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben, Ideen und Vorschläge einzubringen. Über unser digitales Umfrage- und Beteiligungstool „FDP fragt" konnten sie sich schnell und unkompliziert am Programmprozess beteiligen. Dabei haben wir viele neue Ideen erhalten. Zudem haben wir alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen, unsere Forderungen des Programmentwurfs über unsere digitale Plattform „meine freiheit" zu diskutieren.	Eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 lehnt die AfD ab. Aus gutem Grund sind junge Menschen vor dem 18. Lebensjahr von den meisten bürgerlichen Pflichten befreit. Zudem sind sie beschränkt geschäftsfähig. Dementsprechend sollten sie auch das vornehmste Recht eines Bürgers, das Wahlrecht, erst dann erhalten, wenn sie diese Pflichten gegenüber der Gemeinschaft erfüllen müssen. Es darf keine Rechte ohne Pflichten geben.	Wir Freie Demokraten wollen die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in Unternehmen fördern und treten für eine einheitliche europäische Regelung in der Lieferkette ein. Wir sind überzeugt, dass nur gemeinsame europäische Standards dem Binnenmarkt gerecht werden und zu einer positiven und nachhaltigen Wertschöpfungskette beitragen. Viele deutsche und europäische Unternehmen leisten bereits jetzt einen wichtigen Beitrag zur schrittweisen Verbesserung der Lebensbedingungen sowie der menschenrechtlichen und sozialen Lage in Entwicklungsländern.	Wir Freie Demokraten fordern ein striktes CO2-Limit, um Klimaziele garantiert zu erreichen. Die Politik gibt vor, wieviel CO2 im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO2 spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Den Weg für zur Erreichung der Klimaziele überlassen wir dem Erfindergeist von Ingenieurinnen und Wissenschaftlern.	Wir Freie Demokraten wollen faire Bedingungen für Lebensmittel aus der Landwirtschaft. Damit auch die Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf tierischer Erzeugnisse Verantwortung übernehmen können, müssen Haltungsbedingungen klar erkennbar sein. Wir setzen uns daher für ein einfaches, transparentes und verpflichtendes Tierwohllabel in der gesamten EU ein.	Junge Menschen haben durch die Coronapandemie viele Einschränkungen in ihrem Alltag und bei ihren Bildungschancen hinnehmen müssen. Ihre Anliegen wurden zu wenig berücksichtigt. Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat daher ein Chancen-Aufholprogramm vorgeschlagen, um Lernrückstände infolge geschlossener Schulen zu beheben und Corona-Nachteile für Kinder und Jugendliche zu verhindern. Darüber hinaus hat die Fraktion einen Hilfeplan für die physische und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auf den Weg g